ANTRAG

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur Kreistagssitzung am 03.12.2025

vom 06.11.2025

An den
Vorsitzenden des Kreistages Offenbach
Kreistagsbüro

<u>im Hause</u>

Fluglärm – konsequente Positionierung des Kreises gegen die geplante Flugroute Cindy S

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag begrüßt die öffentliche Zusage, dass die Vertreter des Kreises Offenbach künftig in der Fluglärmkommission gegen die Flugroute „Cindy S." stimmen werden, und bittet darum, diese Haltung auch in den entsprechenden Sitzungen des Gremiums und in der Öffentlichkeit verbindlich zu vertreten.

2. Der Landrat oder seine Vertretung werden gebeten, den Kreistag nach jeder Sitzung der Fluglärmkommission zu unterrichten, wie der Kreis abgestimmt hat und welche Beschlüsse gefasst wurden.

3. Der Kreistag fordert die Hessische Landesregierung auf, die Einführung der Flugroute „Cindy S." nicht weiter zu verfolgen, die Belastungen für die Bevölkerung im südlichen Kreis Offenbach ernst zu nehmen und zusätzliche Maßnahmen zum Schutz vor Fluglärm einzuleiten.

4. Der Kreis unterstützt die betroffenen Kommunen bei Bürgeranhörungen, Informationsveranstaltungen oder Befragungen zum Thema Fluglärm organisatorisch und finanziell. Ziel ist, die Stimme der betroffenen Bevölkerung deutlicher in die Beratungen auf Kreis- und Landesebene einzubringen.

Begründung:

Die geplante Flugroute „Cindy S." würde zu einer erheblichen Mehrbelastung der Bevölkerung im südlichen Kreis Offenbach führen. In der Bürgerversammlung am 1. Oktober 2025 in Egelsbach wurde dies von zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern klar zum Ausdruck gebracht.

Gerade Egelsbach ist bereits heute in besonderem Maße vorbelastet: durch den eigenen Verkehrslandeplatz (70.000 Flüge/ Jahr) mit Geschäfts- Polizei- und Trainingsverkehr, durch die Lage zwischen den Autobahnen A5 und A661 sowie durch die Nähe zum Frankfurter Flughafen mit seinen

bestehenden An- und Abflugrouten. Eine zusätzliche Lärmbelastung durch Cindy S wäre für die Bevölkerung nicht zumutbar, dies betrifft auch die Bürgerinnen und Bürgern in den südlichen Bereichen des Langener Stadtgebiets.

Darüber hinaus bestehen erhebliche Zweifel an der fachlichen Grundlage der Entscheidung:

- Die zugrunde gelegten NIROS-Berechnungen basieren lediglich auf einem einzelnen Tag (19.09.2023) und nicht auf einer Vollauslastung des Frankfurter Flughafens.
- Eine Trennung zwischen Tag- und Nachtlärm wurde nicht vorgenommen, wodurch die tatsächliche Belastung nicht realistisch abgebildet wird.
- Unterschiede beim passiven Schallschutz wurden ignoriert; Neubetroffene ohne Schutz werden rechnerisch gleichgesetzt mit Bestandsgebieten, die über bauliche Maßnahmen verfügen.
- Der zusätzliche Verkehr des Egelsbacher Flugplatzes wurde in den Berechnungen nicht berücksichtigt.

Neben diesen methodischen Mängeln bestehen sicherheitsrelevante Bedenken. Die Nähe der neuen Abflugroute zu Missed-Approach-Verfahren (Durchstarten über Egelsbach) sowie mögliche Konflikte mit dem unkontrollierten Verkehr des Verkehrslandeplatzes Egelsbach bergen Risiken, die nicht ausreichend bewertet wurden. Das abgebrochene AMTIX-Verfahren hat bereits gezeigt, dass kleinste Änderungen in den Routenführungen sicherheitskritisch sein können.

Zusätzlich stehen ökologische und verkehrliche Aspekte im Raum: Ein erhöhter CO_2-Ausstoß durch längere Flugwege, die Einschränkung eines möglichen Instrumentenanflugs in Egelsbach sowie die kumulative Lärmbelastung durch die Kombination von Flug-, Straßen- und Schienenverkehr. Schließlich bestehen Zweifel, ob die Fluglärmkommission in allen Punkten ordnungsgemäß beteiligt wurde.

Landrat Quilling als auch Kreisbeigeordneter Böhn haben jeweils in der Bürgerversammlung erklärt, dass sie in der Fluglärmkommission einer solchen Route künftig nicht zustimmen werden.

Mit diesem Antrag stärkt der Kreistag die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, erhöht die Transparenz gegenüber der Bevölkerung und sendet ein klares Signal an die Landesregierung: Der Kreis Offenbach wird weitere Belastungen durch Fluglärm nicht hinnehmen.